

7. Mieter dürfen nicht ausgewiesen werden und Asylpolitik muss überdacht werden

Interpellation Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) und Daniel Wäfler (SVP, Gossau) vom 13. März 023

KR-Nr. 96/2023, RRB-Nr. 335/22. März 2023

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Mieter dürfen nicht ausgewiesen werden. Mit dieser Interpellation haben wir ein ganz wichtiges Anliegen aufgegriffen. Leider kommt es immer wieder vor, dass Flüchtlinge ausgewiesen werden aus ihren Wohnungen, um ... Entschuldigung. (*Heiterkeit*) Leider kommt es immer wieder vor, dass Bewohner – genau so weit kommt es –, dass Bewohner ausgewiesen werden aus ihren Wohnungen, Schweizer Bewohner, um Flüchtlinge unterzubringen. Auch viele Schweizer haben aber zunehmend Mühe, eine Wohnung zu finden. Die Gemeinden sollen auf Zivilschutzanlagen und temporäre Unterkünfte wie Container zurückgreifen können. Wir haben dies bereits erwähnt.

Zentral sind aber auch die kantonalen Vorgaben und vor allem der Verteilschlüssel. Die Aufnahmequote der Gemeinden musste per 1. Juni 2023 auf 1,3 Prozent erhöht werden, weil die Zahl der Asylgesuche stark angestiegen ist. Die Flüchtlingsströme halten an. Der Bund muss mit der Realität auf Gemeindeebene unbedingt konfrontiert werden. Nach dem Fall «Seegräben» waren auch in der Stadt Zürich Studenten davon betroffen, dass sie aus den Wohnungen ausgewiesen wurden, um Flüchtlingen Platz zu machen. Es kann nicht sein, dass rechtschaffene Bürger aus ihren Wohnungen geworfen werden. Wir müssen auch für unsere Bevölkerung schauen. Wir begrüssen, dass die Baudirektion zugesichert hat, temporäre Asylunterkünfte auch ausserhalb der Bauzonen zu bewilligen in Form von Wohncontainern.

Auch Schengen-Dublin (*Schengener Abkommen bzw. Dubliner Übereinkommen*) und die Personenfreizügigkeit müssen unbedingt überdacht werden. Abgewiesene Asylsuchende müssen die Schweiz schnellstmöglich verlassen, was in der Praxis leider nicht so gehandhabt wird, wie wir erwähnt haben. Wir danken dem Regierungsrat für die Antwort. Es ist sicher zentral, dass Lösungen gesucht werden und keine Schweizer Bewohner aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden müssen, auch in Zukunft. Besten Dank.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Seit eineinhalb Jahren wird in der Ukraine Krieg (*russischer Angriffskrieg*) geführt. Weltweit haben wir zunehmende Fluchtbewegungen aus unterschiedlichen Gründen, zum Beispiel, weil der Wohlstand sehr ungerecht verteilt ist, weil es viele politische Spannungen gibt, nicht zuletzt wegen der Klima-Erhitzung. Die Schweiz ist ein reiches Land. Wir könnten das gut bewältigen. Ich muss sagen, wir könnten, weil, immer mal wieder fehlt es an rechtzeitiger Vorbereitung, wenn geflüchtete Menschen zu uns kommen, oder es fehlt auch am ausreichend politischen Willen. Ihre Politik, liebe SVP, ist das grosse Problem, wenn es um Geflüchtete geht. Sie halten die Finanzen knapp,

dann verhindern sie Angebote und wenn es dann so richtig eng wird, dann rufen Sie den Notstand aus. Das jüngste Beispiel ist der bürgerliche Ständerat. Der hat kürzlich die Möglichkeit versenkt, Container-Dörfer zu bauen, er hat die Finanzen nicht bewilligt, und im gleichen Atemzug kommt die SVP und fordert, den sogenannten Ansturm der Asylsuchenden zu drosseln. Sie wissen genau, dass das so nicht möglich ist. Sie verschärfen das Problem, dann bewirtschaften Sie es und sind gegen jede konstruktive Lösung. Diese Interpellation ist auch so ein unrühmliches Beispiel Ihrer Politik.

Der Regierungsrat hat geantwortet, indem er weitgehend auf die Bundesebene verweist. Er schlägt vor, dass wir, wenn es eng wird, mehr Zivilschutzunterkünfte öffnen müssen. Das ist bestimmt besser als draussen zu schlafen. Aber für uns Grünen sind Zivilschutzunterkünfte für geflüchtete Menschen eine kaum tragbare Notlösung. Zuerst müssen Möglichkeiten ausgeschöpft werden mit anderen temporären Unterkünften wie Container, die bereits erwähnt worden sind. Die Baudirektion ist bereit, Ausnahmen zu bewilligen; die ersten Gesuche sind bereits eingetroffen. Wir müssen mit vereinten Kräften alles daransetzen, damit wir nicht zu solchen unerträglichen Notlösungen greifen müssen.

Und weiter, liebe SVP, beklagen Sie die armen Mieterinnen und Mieter, die zunehmend Mühe haben, eine Wohnung zu finden, und denen nur noch gekündigt wird. Sie schüren damit gleich auch noch die Ängste der Bevölkerung vor Kündigungen. Wir haben ja ein Problem. Hier und heute fordern sie aber, dass die rechtschaffenen Bürger vor Kündigungen geschützt werden müssen. Sie sind berechnend. Sie nehmen die leider berechtigten Sorgen der Bevölkerung auf, denn der Wohnungsmarkt ist in sehr vielen Gebieten und vor allem auch im Kanton Zürich sehr angespannt. Der Markt funktioniert nicht mehr, nur das Mietrecht kann die Mieterinnen und Mietern vor Exzessen seitens der Vermieterschaft schützen. Und was macht die SVP in dieser angespannten Situation? Schauen wir doch mal auf die Bundesebene. Auf Bundesebene führt die SVP den Angriff auf das Mietrecht an. Sie kämpfen dafür, dass die Rechte der Mietenden geschwächt werden und dass sie sich weniger gut gegen Kündigungen und Mietzinserhöhungen wehren können. Statt hier über die armen Mietenden und die Kündigungen zu klagen, könnten Sie ja etwas für die Mieterinnen und Mieter tun. Ziehen Sie Ihre schädlichen parlamentarischen Initiativen auf Bundesebene zurück.

Davide Loss (SP, Thalwil): Um beim Versprecher von Frau Fehr Düsel anzuknüpfen: Dass Flüchtlinge aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden, kommt höchstens im Kanton Aargau vor, im Kanton Zürich zum Glück nicht.

Nachdem wir es vorhin mit Bundesrecht zu tun hatten, sind wir jetzt bei der Gemeindepolitik angelangt. Es ist Sache der Gemeinden, eine adäquate Unterkunft für Personen aus dem Asylbereich zu finden, und ich betone adäquat. Es geht nicht an, dass Personen – wie Sie es sich von der SVP vermutlich vorstellen – irgendwo draussen oder auf engstem Raum zusammengepfercht untergebracht werden; es braucht einen adäquaten Wohnraum. In aller Regel ist es aber schwierig, Wohnraum zu schaffen. Und wenn man zusätzliche Kollektivunterkünfte, wie Sie es fordern, schafft, dann hat man sehr oft Probleme, auch Finanzierungsprobleme.

Sie von der SVP sind die Ersten, die solche Kredite verhindern, bekämpfen. Dann kommt noch die ganze Frage der Einsprachen hinzu, welche den Bau von solchen Kollektivunterkünften verhindert respektive erheblich verzögert. Das muss sich klar ändern. Ich fordere Sie auf, geben Sie doch ein Bekenntnis ab, dass Sie auch dafür hinstehen, diesbezüglich gute Lösungen zu finden, um eine adäquate Unterbringung zu ermöglichen. Dann können wir nämlich das Problem wirklich lösen. Dann braucht es ganz sicher keine Kündigung von Mietenden für die Schaffung von Wohnraum für Personen aus dem Asylbereich. Sie suggerieren, dass das an der Tagesordnung ist. Das ist aber klar nicht so, dass Mietenden gekündigt wird im Kanton Zürich, um Wohnraum für Personen aus dem Asylbereich zu schaffen. Das ist klar nicht der Fall. Sie wollen hier ganz klar nur das Problem bewirtschaften. Darum geht es Ihnen bei dieser Interpellation. Ich muss Ihnen sagen, ich war schon sehr ernüchtert über den bürgerlichen Ständerat, der gerade für diese Kollektivunterkünfte, welche Sie ständig fordern, die nötigen finanziellen Mittel gestrichen hat. Was Sie hier an den Tag legen – mit Verlaub – ist wirklich Doppelmoral. Ich fordere Sie auf, bieten Sie doch Hand für sinnvolle Kompromisse, damit wir Personen adäquat unterbringen können. Dann haben wir auch kein Problem und alle sind glücklich. Besten Dank.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ich spreche auch für die Gemeinden (*der Votant ist Präsident des Verbandes der Zürcher Gemeindepräsidenten*). Es wurde zu Recht gesagt, wir sind jetzt auf der Gemeindeebene angekommen. Ich gestatte mir, nicht mehr diese einzelnen Elemente, die wir vorher diskutiert haben, aufzugreifen. Sondern ich möchte grundsätzlich ein paar Worte verlieren, insbesondere zuerst zu den Fragestellungen und den vorhergehenden Ausführungen der Interpellanten.

Es ist richtig, was sie gesagt haben. Tatsächlich ist die aktuelle Situation mehr als nur herausfordernd für die Gemeinden, diesen adäquaten – was auch immer adäquat heisst, Davide Loss –Wohnraum zu finden. Aber die Formulierung der Aussagen, die Gemeinden seien überfordert, die ist nicht in Ordnung. Wir machen unsere Aufgabe sehr gut, mit grossem Engagement, und es gelingt uns, wie schon in der Vergangenheit, auch für dieses Problem Lösungen zu finden. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Auch das genannte Beispiel der Wohnungssituation als exemplarisch zu bezeichnen, ist nicht in Ordnung. Das stimmt nicht für den ganzen Kanton Zürich, sondern das ist einmal passiert. Ich glaube, da wurden die Lehren daraus gezogen.

Für mich ist es wichtig festzuhalten, dass der Bund tatsächlich weiss, was Sache ist. Er weiss das durch meine Präsenz in den Sitzungen des SONAS (*Sonderstab Asyl des Bundes*) und das SEM (*Staatssekretariat für Migration*) ist klar informiert darüber, was im Kanton Zürich abgeht. Mit anderen Worten wären die Fragen in dieser Interpellation aufgrund der Voraussetzungen zu präzisieren.

Tatsächlich ist es aber so, dass auch bei mir und bei den Gemeinden der Eindruck nicht wegzudiskutieren ist, dass zwar eine Verbundaufgabe reklamiert wird, dass diese aber nicht wirklich stattfindet. Sie haben diese Situation im Ständerat genannt. Da geht es auch um andere Themen, nicht nur um Finanzen. Aber ich

glaube, der Bund hat hier tatsächlich seine Rolle verstärkt wahrzunehmen, nicht so, wie er es jetzt tut. Er ist für die Kapazitäten zuständig auf der einen Seite, auf der anderen Seite sind es die Verfahren, die er möglichst rasch abwickeln sollte. Wenn er bei zu viel Zureisenden dann einfach sagt, ich weise den Kantonen und dann der Kanton den Gemeinden zu, dann ist das sicher das falsche Verständnis von einer Verbundaufgabe. Wir sind froh, dass wir im Kanton Zürich ein gutes Einvernehmen haben und wir sind recht zuversichtlich, dass wir das miteinander bewältigen können. Was aber auch klar gesagt werden muss, ist, dass wenn das höhere Szenario – wir sind jetzt in einem mittleren Szenario der Aufnahmekapazitäten – eintreffen sollte, dann wird die Situation ganz schwierig. Die Aufnahmequote von 1,3 Prozent ist jetzt schon so, dass wir an der Grenze angelangt sind. Wenn es über 30'000 Personen sein sollen, eben dieses hohe Szenario, dann wird es kaum mehr Möglichkeiten geben, in den Gemeinden Platz für die Unterbringung dieser Menschen zu schaffen.

Ich möchte zum Thema Container und Zivilschutzanlagen doch auch noch ein paar Worte verlieren. Es ist relativ einfach, davon zu sprechen und als Verbundaufgabe die Kompetenzen bei den Gemeinden zu verorten. Tatsächlich braucht es überall Verfahren. Ich muss Ihnen nicht erklären, was in Seuzach und Mettmensetten bei den Containerbeschaffungen abgegangen ist. Ich muss Ihnen auch nicht erklären, wie schwierig es ist, Zivilschutzanlagen brandschutzmässig so auszurüsten, dass tatsächlich Menschen untergebracht werden können. Also die Absichtserklärung steht im Raum, aber die Umsetzung ist relativ schwierig und nicht immer ganz einfach.

Das Fazit für uns: 1,3 Prozent, das ist gut so, das ist aber auch genug. Mehr geht nicht. Das Signal haben Bund und Kanton zur Kenntnis genommen. Die Frage ist, ob es bei der Kenntnisnahme bleibt oder ob dann tatsächlich etwas passiert. Auf Bundesebene, das haben wir festgestellt, gibt es einzelne Anzeichen. Die Bereitschaft ist da, einen grösseren Beitrag zur Problemlösung zu leisten. Beim Kanton Zürich weiss ich, dass es so ist. Darauf werden wir auch pochen.

Schliesslich noch etwas zu den Zeitverhältnissen, nicht, dass wir den Eindruck bekommen, dass sich nach drei, vier Monaten diese Zureisebewegung ins Gegenteil kehrt. Das wird nicht so sein. Wir müssen uns mit mittel- und längerfristigen Massnahmen auseinandersetzen. Auch da soll gesagt sei, die Gemeinden, sie tun es, wir handeln, wir erfüllen diese Aufgaben. Wir tun es gut. Danke vielmals.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Auch die Alternative Liste ist der Meinung, dass hier eine Stellvertreterdiskussion geführt wird. Die SVP greift in ihrer Interpellation einen Fall vom Februar 2023 auf, der in den Medien breit ausgeschlachtet wurde. Sie schildern darin einen Kampf um Prioritäten, einen Kampf um Wohnraum, wobei sie die Fronten jedoch völlig falsch identifizieren und darum auch zu falschen Schlussfolgerungen kommen.

Gemäss der SVP muss die Gemeinde zwischen Schweizer Mieterinnen und Mietern und geflüchteten Personen priorisieren, wobei die Priorität klar den Menschen mit rotem Pass zukommen soll. Wieder einmal wird Stimmung gegen die Migrantinnen und Migranten gemacht. Die Opfer der Asylpolitik seien diesmal

rechtschaffene Mieterinnen und Mieter. Diese Schlussfolgerung erkennt jedoch völlig die eigentliche Problematik.

Im Kanton Zürich und nicht mehr nur in der Stadt, sondern im gesamten Kanton gibt es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Die AL setzt sich schon lange und vehement gegen Immobilienspekulationen, Leerkündigungen und sogenannte Aufwertungen und für Mieterschutz ein. Hier ist die Frontlinie, nicht zwischen Geflüchteten und Schweizer Mieterinnen und Mietern.

Geflüchtete Personen, die den Gemeinden zugeordnet werden, sind alles Personen mit Bleibeperspektiven. Sie haben gemäss Genfer Flüchtlingskonvention oder aufgrund von Kriegen in ihren Herkunftsländern ein Recht darauf, in der Schweiz zu sein. Die Allermeisten von ihnen werden auch nicht so schnell wieder gehen. Eine Unterbringung in fensterlosen Zivilschutzanlagen und Massenunterkünften ist daher keine menschenrechtswürdige Option. Bund, Kantone und Gemeinden müssen daher ihre Kräfte bündeln, um sicherzustellen, dass es für alle Menschen in der Schweiz genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Den Fokus vom eigentlichen Problem auf die Asylpolitik zu verschieben, bringt gar niemanden etwas. Es darf nicht sein, dass Mieterinnen und Mieter und Migrantinnen und Migranten gegeneinander ausgespielt werden, schon gar nicht, wenn das gar nicht nötig gewesen wäre, wie sich im Fall Seegräben später herausstellte. Das schürt nur Ausländerinnen- und Ausländerfeindlichkeit und Konkurrenz, währenddessen sich Immobilienspekulanten ins Fäustchen lachen und munter weiter gentrifizieren. Deshalb wird sich die AL auch weiterhin für alle Mieterinnen und Mieter einsetzen, egal, welche Farbe ihre Pässe haben. Danke.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Von meiner Vorrednerin wurde es bereits ein bisschen klargestellt, aber ich glaube, wir dürfen das so nicht im Raum stehen lassen. Die Fälle Seegräben und Windisch – Windisch wurde bislang heute bislang nicht genannt –, da tut man so, als hätte sich seither nichts an der Faktenlage geändert. Aber sehr wohl hat sich etwas an dieser Ausgangslage geändert. Es hat sich nämlich im Fall Seegräben gezeigt, dass die Kündigung durch ein SVP-Mitglied unterzeichnet wurde; ein SVP-Mitglied. Es scheint fast so, als würde die eine Staatsebene Probleme schaffen, die dann die andere Staatsebene bewirtschaften kann, um dann bei den Wahlen gegen andere zeigen zu können. Gewisse Gesinnungsgenossen von anderen Gruppierungen sind in Seegräben herummarschiert. Eine Distanzierung von diesen rechtsradikalen Gruppierungen hat man von Ihnen nicht gehört, selbstverständlich nicht, es war von Anfang an die Strategie. Zweitens, Windisch, da hiess es auch, dass um die 40 Mieterinnen und Mieter auf die Strasse gestellt werden, damit Asylsuchende untergebracht werden können. Auch da stimmte einfach die ursprünglich mediale Geschichte nicht. Ich finde es absurd, dass Sie hier als SVP weiterhin diese falschen Fakten erzählen können. Es hat sich herausgestellt, dass es ein Unternehmen aus dem Kanton Schwyz ist; direkte Beziehungen zur SVP wurden öffentlich nie gefunden. Ich würde es spannend finden, das noch genauer anzuschauen. Dieser Vermieter war offensichtlich renditegierig, denn diese Wohnungen in Windisch, die sind baufällig. Da kann man keine anständigen Neumieterinnen oder -mieter finden. Den höchsten Preis, den man

kriegen konnte, war vom Kanton Aargau für Asylsuchende. Wer diesem Departement vorsteht, das wissen Sie wohl. Das ist der SVP-Regierungsrat Gallati (*Jean-Pierre Gallati*). Auch hier wieder Staatsebenen, die sich gemeinsam in die Hände spielen.

Die SVP – und das wurde jetzt ein, zwei Mal genannt – tritt gegen unten, in diesem Fall gegen Asylsuchende; sie spielt Mieterinnen und Mieter gegen Asylsuchende aus, damit niemand merkt, welche Politik für die Reichsten, für die Immobilieneigentümer Sie in diesem Land eigentlich machen. Hier möchte ich bei Kantonsrätin Silvia Rigoni anknüpfen: Es ist nämlich nicht in erster Linie eine Wohnungsnot, die wir haben, die die Menschen spüren. Es ist in erster Linie das Problem, dass ein Teil der Vermieterinnen und Vermieter eine illegale Rendite aus diesen Wohnungen ziehen wollen. 10,5 Milliarden Franken, diese Zahlen kennen Sie vermutlich, und dagegen will niemand von Ihnen etwas tun. Ich hoffe, dass ich von Frau Fehr Düsel auch eine ganz klare Stellungnahme erhalte, wenn es um den Schutz von Mieterinnen und Mietern geht. Wieso hat die SVP-Fraktion die periodische Überprüfung der Mietzinse im Nationalrat abgelehnt? Hätten Sie dafür gestimmt? Wenn nein, wieso nicht? Weshalb hat SVP-Zürich-Mitglied Hans Egloff (*Nationalrat*) vor einigen Jahren ganz konkret die Schwächung des Untermietschutzes vorangetrieben? Damit man Leute innerhalb von wenigen Tagen auf die Strasse stellen kann. Sind Sie da dafür, Frau Fehr Düsel? Finden Sie das eine gute Sache? Und drittens, weshalb soll man sich nur noch in einer Notlage gegenüber überhöhten Mietzinse wehren können? Auch das eine Motion von Ihrem Parteikollegen Hans Egloff. Ich bitte um eine Stellungnahme zu diesen drei Fragen. Herzlichen Dank.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Frau Silvia Rigoni und Herr Davide Loss, wie viele SVP-Ständeräte sitzen in Bern? Ich glaube, es ist bekannt, dass der Ständerat in Bern von der Mitte dominiert wird, und die Mitte, das wissen wir leider auch, geht schon länger mit Grünlinks. (*Heiterkeit*) Trotzdem verstehe ich den Entscheid des Ständerats in Bern, denn Ihre Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider hat den Laden überhaupt nicht im Griff. Ihre Bundesrätin hat die Rückführungsabkommen nicht unterzeichnet. Die Folge ist, dass der Ständerat ihr einen Riegel geschoben hat.

Es erstaunt mich schon, Davide Loss, dass du den Fall Seegräben nicht kennst; wir müssen da weiter nicht darauf eingehen. Aber es gibt auch den Fall Fällanden, wo die Gemeinde entscheidet, dass die Flüchtlinge in der Turnhalle untergebracht werden; Schülerinnen und Schüler können keinen Sport mehr treiben, ansässige Vereine können die Turnhalle auch nicht mehr benutzen. Oder andere Gemeinden, die ihre Wohnungen für Asylsuchende verwenden. Auch Genossenschaftswohnungen werden zu Hauf mit Asylsuchenden belegt. Sie verhindern die Unterbringung in Zivilschutzanlagen. Wenn Menschen in Not sind, dann sollten Sie auch in Zivilschutzanlagen untergebracht werden können. Auch ich finde das nicht die optimale Lösung. Es ist sicher nicht eine Lösung für mehrere Monate. Aber in Not geratene Leute, die können auch für einige Monate in Zivilschutzanlagen untergebracht werden.

Sie haben mir heute keine einzige Lösung präsentiert. Es sind in den letzten zehn Jahren 170'000 Personen in den Kanton Zürich eingewandert. Sie schlagen vor, die Mieten zu senken. Schaffen tiefere Mieten mehr Wohnraum? Gibt es mehr Wohnraum mit tieferen Mieten? Nein, ganz bestimmt nicht.

Die SVP ist die einzige Partei, die bisher Lösungen präsentiert hat. Das ist die Masseneinwanderungsinitiative, die nicht umgesetzt wurde, und letzte Woche haben wir die zweite Lösung präsentiert. *(Zwischenrufe)* Es ist unsere Nachhaltigkeitsinitiative. Es kommen zu viele, es kommen die Falschen. Unterschreiben Sie unsere Initiative.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ich wurde mehrmals angesprochen. Dazu möchte ich noch Stellung nehmen.

Wir haben immer Lösungen angeboten, auch immer von Wohncontainern gesprochen oder von Zivilschutzanlagen, die man vermehrt nutzen kann, weil es offensichtlich für viele Gemeinden schwierig ist, das Ganze umzusetzen. Es hat solche Fälle von Ausweisungen von Schweizerinnen und Schweizern aus ihren Wohnungen gegeben. Es ist nicht nur ein Fall, Lisa Letnansky, sondern es gab den Fall Windisch, den Fall in Zürich, in Seegräben, um nur einige zu nennen. Wir möchten in Zukunft genau solche Fälle verhindern. Wie Jörg Kündig gesagt hat, die 1,3 Prozent, die sind einfach relativ ambitiös für die Gemeinden, die dies stemmen müssen. Manchmal kommt es mir ein bisschen vor, Davide Loss, es ist ein bisschen ein Ablenkungsmanöver, das hier gemacht wird. Oder auch Nicola Siegrist, dass man einfach irgendwie auf die SVP wieder einstampft anstatt sich eigentlich zu diesen Fällen zu äussern, auf die wir jetzt da hingewiesen haben. Dann ist es auch so, der SVP-Gemeinderat, der war einer in einem ganzen Gremium. Der konnte natürlich nicht selber entscheiden im Fall Seegräben. Wir möchten einfach in Zukunft Lösungen diskutieren. Darum haben wir diese Interpellation auch eingereicht, weil es noch mehr solche Fälle geben wird. Wir haben ja auch gesagt, dass wir es sehr begrüssen, dass die Baudirektion zum Beispiel temporäre Asylunterkünfte prüft, auch ausserhalb der Bauzonen, die bewilligt werden können in Form von Wohncontainern. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Das Ziel ist ja, vorsorglich genügend Unterbringungsplätze bereitzustellen, damit alle in der Schweiz Zufluchtsuchenden Menschen ein Dach über dem Kopf erhalten. Jörg Kündig hat es bereits angetönt: Das SEM rechnet in diesem Jahr mit 27'000 Asylsuchenden, plus minus 3000. Das ist die Marge im Graubereich. Das heisst, man rechnet mit 30'000 maximal. Je nach geografischer Entwicklung können sich auch bis 40'000 Flüchtlinge hier melden. Das SONAS – das hat Jürg Kündig bereits angesprochen – bereitet sich darauf vor. Er ist in der Arbeitsgruppe «Unterbringung», die an ihrer Sitzung vom 29. Juni dieses Jahres beschlossen hat, weitere Beherbergungsoptionen vertieft zu prüfen. In Absprache mit dem Vorstand der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, dem schweizerischen Städteverband, dem Schweizerischen Gemeindeverband wurden alle Kantone gebeten, bis nach den Sommerferien zu prüfen, inwieweit sie dem Bund Schutzanlagen in ihrem Kanton vorübergehend

zur Verfügung stellen können. Ich möchte hier Regierungsrat Mario Fehr fragen: Wie weit sind wir diesbezüglich? Es ist vor den Sommerferien. Können wir nach den Sommerferien schon etwas über diese Prüfung von Schutzanlagen in unserem Kanton sagen? Der Fokus der AL ist es natürlich, dies zu verhindern, und Nicola Sigrist hat da nachgedoppelt. Er hat auch ein paar Fragen gestellt. Er möchte eine Distanzierung. Die Distanzierung von ihm zu den linksradikalen Antifaschisten «Revolutionäre Jugend Zürich» et cetera fehlt aber auch. Wenn wir hören, dass die JUSO sich auch einmal distanzieren würde von Gewalt und kriminellen Handlungen, dann können wir darüber reden, ob wir seine Fragen beantworten möchten oder nicht.

Der adäquate Wohnraum ist angesprochen. Ich hoffe, dass man etwas über die Überprüfung der Schutzanlagen, die im Kanton Zürich vorübergehend bezogen werden können oder zur Verfügung gestellt werden können, dass ich da eine Antwort bekomme.

Nicola Siegrist (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich halte mich ganz kurz. Es scheint mir wirklich, Frau Fehr Düsel, als seien Sie faktenresistent bezüglich der Sache Windisch. Ich habe aufgeführt, welche Motivation der Vermieter hatte, nämlich ganz klar Rendite. Mit neuen Mietern konnte er die Rendite erhöhen, mit alten nicht. Und wieder haben Sie behauptet, dass es die Asylsuchenden seien, die das Problem sind. Nein, es war der Vermieter. Sie können es noch so häufig wiederholen, es ändert die Faktenlage nicht. Zweitens, Sie haben zu keiner der drei Fragen Stellung bezogen. Wenn Sie dies nicht nachholen, gehe ich davon aus, dass Sie erstens die Einhaltung des Gesetzeszustands in der Schweiz bei Mieten für nicht nötig halten, zweitens für sinnvoll erachten, dass in der Schweiz Untermieterinnen und -mieter schneller gekündigt werden kann und drittens nur vor die Schlichtungsstelle gehen darf, wer in einer Notlage ist. Danke schön.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Frau Fehr Düsel wurde direkt angesprochen. Ich gebe ihr das Wort.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Ganz kurz: Es ist alles Ablenkungsmanöver. Darum habe ich keine Stellung dazu genommen, weil es auch um die Bundesthemen geht und nicht um die kantonalen Themen. Ich habe einfach zu unserer Interpellation gesprochen. Besten Dank.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Frau Fehr Düsel, zuhanden des Protokolls: Der Gemeinderat der Gemeinde Seegraben besteht aus zwei SVP-Mitgliedern, zwei FDP-Mitgliedern, einem Mitglied des Gewerbeverbandes und aus zwei Parteiloosen. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Sie haben eine Interpellation eingereicht zu den Themen Asylsuchende und Mieten. Jetzt reden wir von der linken Seite über beide Themen, Frau Fehr Düsel. Da können Sie nicht behaupten, dass sei eine Ablenkung. Wir reden darüber, wie mit dem Mieterschutz umgegangen wird und

warum man überhaupt Leuten, die eine Wohnung haben, so schnell kündigen kann oder zur Untermiete eingemietet sind wie beispielsweise Studierende in Zürich, die man dann plötzlich rauswerfen könnte für andere Mieterinnen und Mieter, die in diesem Fall auch Asylsuchende waren. Jetzt wollen Sie nur über die Asylsuchenden reden, aber über die Bedingungen, dass solche Wechsel so schnell möglich sind, darüber wollen Sie nicht sprechen, obschon Sie das mit dem Titel «Asylsuchende und Mieten» angesprochen haben. Demzufolge kann es nicht sein, dass es ein Ablenkungsmanöver ist, wenn wir auch über den zweiten Teil Ihrer Interpellation sprechen. Da kann ich Nicola Siegrist im Kern nur unterstützen und sagen, die drei Fragen, die er gestellt hat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SVP, das sind zentrale, kardinale Fragen bei diesem Thema, das sie hier angeschnitten haben. Also, stehen Sie auf und nehmen Sie bitte Stellung dazu.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Frau Fehr Düsel wurde nochmals direkt angesprochen. Sie hat deshalb nochmals das Wort.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Mir ging es darum, darüber zu sprechen, welche temporäre Asylunterkünfte es gibt, die auch ausserhalb der Bauzone bewilligt werden können, oder eben auch Wohncontainer oder Zivilschutzanlagen, damit sie eben nicht draussen schlafen müssen. Darum ging es in der Interpellation.

Regierungsratspräsident Mario Fehr: Ich habe eine konkrete Frage gestellt bekommen. Ich glaube, in der ganzen Zeitperiode – damit ist die Zeitperiode seit Beginn des Ukraine-Kriegs, dieses schrecklichen Krieges, gemeint, die eine besonders herausforderungsreiche war –, konnten wir dafür sorgen, dass niemand draussen schlafen musste, auch in den sehr anspruchsvollen ersten Tagen des Ukraine-Konflikts nicht. Die Gemeinden und die Städte Zürich und Winterthur haben geholfen, ein Zentrum in der alten Militärkaserne in Zürich zu schaffen. Es hat nie jemand draussen schlafen müssen zu einem Zeitpunkt, wo der Bund – ich sage es einmal freundlich – heillos überfordert war. Der Bund war auch letzten Herbst überfordert, als er vorzeitig Asylsuchende an die Kantone zugewiesen hat, weil er es nicht geschafft hat, diejenigen Unterkünfte selber bereitzustellen, die er gemäss Asylgesetz hätte bereitstellen müssen. Wir haben ihn wiederholt darauf hingewiesen, dass er das für diesen Herbst tun muss und dass der Entscheid des Ständerates ihn nicht von dieser Verpflichtung befreit. Wir haben ihm auch klargemacht, dass wir eine vorzeitige Zuweisung in dem Fall, der im Asylgesetz nicht vorgesehen ist – die Grenze ist etwa bei 24'000 Gesuchen –, nicht mehr akzeptieren werden. Der Bund ist sich seiner Verpflichtung bewusst. Sie können auch davon ausgehen, dass dieser Sicherheitsdirektor nicht nur mit Ihnen spricht, sondern auch mit der zuständigen Bundesrätin, der SEM-Chefin (*Christine Schraner Burgener*) und auch mit denjenigen, die in der Armee Verantwortung tragen. Die Armee hat viele Unterkünfte. Wir haben die Armee wiederholt aufgefordert, solche Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Es gibt offenbar eine gesteigerte Bereitschaft. Es gibt aber keine Bereitschaft, dass der Kanton Zürich seine Zivilschutzunterkünfte – er hat zwei kantonale – dem Bund zur Verfügung stellt, weil wir

nachher selber keine Unterkünfte mehr hätten. Dies habe ich dem Bundesrat, der Frau Bundesrätin, der Chefin des SEM bereits freundlich, aber bestimmt mitgeteilt.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.